Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Beschlußprotokoll / Bremische Bürgerschaft, Landtag 12. Wahlperiode: 1.-98. Sitzung. (12/1 - 12/1226), 1987 -1991

20.04.1989 - Beschlußprotokoll 39. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Landtag
12. Wahlperiode

Beschlußprotokoll
39. Sitzung
20. 04. 89
Nr. 12/454 — 12/475

Nr. 12/454

Wahl von Mitgliedern des Landesrundfunkausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die nachfolgend aufgeführten Damen und Herren zu Mitgliedern des Landesrundfunkausschusses.

I. **Kammern oder andere berufsständische Organisationen**

Gemeinsamer Wahlvorschlag von Hanseatischer Rechtsanwaltskammer, Bremischer Anwaltsverein und Bremer Notarkammer:

Petra Schulze-Grönda, Bremen

Deutscher Bundeswehr-Verband e. V.:

Rainer Lohse, Bremerhaven

Deutscher Journalisten-Verband:

Jürgen Fränzel, Bremen

II. **Kultur, Jugend, Bildung, Erziehung**

Bremer Sportjugend:

Gerold Rudolphi, Bremerhaven

Landesmusikrat Bremen e. V.:

Prof. Siegrid Ernst, Bremen

Verband Deutscher Schriftsteller:

Konstanze Radziwill, Bremen

III. **Sonstige gesellschaftlich relevante Organisationen**

Gemeinsamer Wahlvorschlag von Gesamtverband Natur- und Umweltschutz Unterweser e. V. und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland:

Dr. Iselin A. von Ehrenstein, Bremen

Verbraucherzentrale des Landes Bremen e. V.:

Rüdiger Wanke, Bremen

Arbeiterwohlfahrt:

Ursula Kaltenstein, Bremerhaven

Bremer Frauenausschuß e. V.:

Inge Menze, Bremen

Dachverband der Ausländer-Kulturvereine Bremen e. V.:

Frau Gule Iletmis, Bremen

Nr. 12/455

Umweltabgaben und -steuern auf Landes- und Gemeindeebene
Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 29. November 1988
(Drucksache 12/369)

D a z u

Erweiterung der umweltpolitischen Instrumentarien
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 19. April 1989
(Drucksache 12/514)

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aussprache über die Antwort des Senats auf die Große Anfrage durch.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt den Nrn. 1 bis 3 und 5 des Entschließungsantrages in geänderter Fassung zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt die Nr. 4 des Entschließungsantrages ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Entschließungsantrag in folgender Fassung zu:

„1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß in der Bundesrepublik in den vergangenen 20 Jahren auf dem Gebiet der Umweltpolitik auch im internationalen Vergleich erhebliche Erfolge erzielt worden sind.

2. Die Bürgerschaft ist sich bewußt, daß nach dem heutigen Erkenntnisstand erhebliche zusätzliche Anstrengungen notwendig sind.

3. In Bereichen, in denen umweltpolitische Zielsetzungen durch Ge- oder Verbote bisher nicht ausreichend erfüllt werden konnten, sind auch abgabenrechtliche Instrumentarien einzubeziehen. Dabei ist das Verursacherprinzip durchzusetzen.

4. Eine Verschärfung des Umwelthaftungsrechts ebenso wie die Umkehr der Beweislast sind als weitere Instrumentarien einzusetzen."

Nr. 12/456

Umweltabgaben und -steuern
Antrag der Fraktion der CDU
vom 27. Februar 1989
(Drucksache 12/466)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 12/457

Wende in der Umweltschutzpolitik durch die Einführung von Umweltsteuern und -abgaben
Antrag der Fraktion der SPD
vom 17. April 1989
(Drucksache 12/508)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 20. April 1989
(Drucksache 12/517)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, daß die bisherigen Instrumente der Umweltpolitik (z. B. Gebote, Verbote, Grenzwerte) nicht zum Erfolg geführt bzw. sich in ihrer Wirkung als sehr begrenzt gezeigt haben.

   Durch einfache Verbots- und Gebotslösungen können schwerwiegende Umweltprobleme nicht oder nur unzureichend bewältigt werden. Trotzdem bleiben sie als zentrale Steuerungsmechanismen staatlicher Umweltpolitik unverzichtbar. Sie müssen allerdings verschärft werden.

2. Neben dem Ordnungsrecht ist deshalb wichtigstes wirtschaftliches Instrument im Umweltschutz die Festsetzung von Preisen für die Nutzung von Umweltressourcen. Dazu zählen aus der Sicht der Bürgerschaft (Landtag) Umweltsteuern und -abgaben, die eine Umstellung auf umweltverträglichere Produktionsstrukturen und -verfahren ökonomisch sinnvoll machen, sowie die klare Feststellung auf das Verursacherprinzip.

   Höhere Steuer- und Abgabensätze auf umweltschädliche sowie niedrigere Sätze auf umweltfreundliche Produkte und Energieträger müssen das Ziel dieser neuen Regelungen sein.

   Diese zusätzlichen Einnahmen sollen, wie bei der Abwasserabgabe, zweckgebunden eingesetzt werden.

   Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich auf Bundesebene für eine solche Wende in der Umweltpolitik einzusetzen.

3. Die Bürgerschaft (Landtag) hält es für unerläßlich, neben Gebots- und Verbotsregelungen sowie Steuern und Abgaben zusätzliche Elemente zur Vermeidung von Umweltschäden zu erwirken.

   Sie spricht sich dafür aus, daß u. a.

   — das Haftungsrecht verändert
   — das Umweltstrafrecht verschärft
   — die Beweislast umgekehrt
   — die Umweltverträglichkeitsprüfung eingeführt
   — die Produktion umweltgefährdender Stoffe verboten

   werden, und fordert den Senat auf, sich weiterhin auf Bundesebene dafür einzusetzen.

4. Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat bis Frühjahr 1990 einen Bericht, inwieweit auf Landes- und Gemeindeebene gesonderte Umweltsteuern und -abgaben eingeführt werden können und welche Steuerungsmöglichkeiten unter Umweltgesichtspunkten auch im Gebührenrecht möglich sind.

Nr. 12/458

Klimaveränderung

Antrag der Fraktion der SPD
vom 16. Januar 1989
(Drucksache 12/412)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
vom 28. Februar 1989
(Drucksache 12/469)

Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 17. April 1989
(Drucksache 12/506)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag Drucksache 12/469 zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag Drucksache 12/506 ab.

Nach dem Waldsterben und der Ozonausdünnung ist die Erwärmung des Erdklimas (Treibhauseffekt) die mögliche dritte Umweltkatastrophe, die sich aus der menschlichen Beeinflussung der Erdatmosphäre ergibt.

Zu den Folgen des Temperaturanstieges zählen der Anstieg des Meeresspiegels, die Verschiebung landwirtschaftlicher Nutzungsgebiete und die Ausdehnung von Steppen- und Wüstengebieten.

Bei der Erderwärmung handelt es sich um eine schleichende Katastrophe mit einem sich beschleunigenden Verlauf. Deshalb muß schnell und umfassend gehandelt werden. Der Schlüssel hierzu liegt bei den entwickelten Industrieländern. Sie sind der Hauptverursacher, und sie haben die ökonomischen und technischen Fähigkeiten, einen ökologischen Umbau durchzusetzen.

Rund ein Viertel der Weltbevölkerung verbraucht mehr als zwei Drittel der Energie und Rohstoffe. Um eine Klimakatastrophe zu verhindern, sind politische Weichenstellungen dringend erforderlich. Notwendig ist ein Einstieg in sparsame, rationelle, sozial- und umweltverträgliche Energietechniken, um die Energieproduktivität zu steigern und den Primärenergieeinsatz zu senken.

Ebenso wichtig ist es, die weitere Vernichtung und Brandrodung der tropischen Regenwälder zu verhindern. Dazu ist es notwendig, die ökonomische Abhängigkeit der Länder der Dritten Welt durch Entschuldungsprogramme zu verringern, Entwicklungshilfe verstärkt an ökologischen Zielen zu orientieren und zwischen Export- und Importländern die Beschränkung des internationalen Tropenholzhandels zu vereinbaren, die eine dauerhafte Nutzung der Ressource Tropenwald möglich macht. Die Industrieländer müssen durch eine Erhöhung der Forschungsmittel einen weiteren Anteil an der Aufgabe Klima- und Atmosphärenschutz leisten.

1. Der Senat wird aufgefordert, weiterhin seinen Einfluß geltend zu machen, damit auf Bundesebene wirksame Maßnahmen zum Schutz der Erdatmosphäre ergriffen werden. Dazu gehören u. a. eine Verschärfung des Montrealer Protokolls zum Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW), die Reduktion klimaschädlicher Emissionen und ein Programm zum Schutz und zur Wiederaufforstung der Tropenwälder.

2. Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den übrigen norddeutschen Küstenländern, das Hochwasserschutzprogramm aus dem Jahre 1962 in bezug auf die Erkenntnisse der Klimaforscher zu überprüfen und der Bürgerschaft mitzuteilen, welche Konsequenzen und Maßnahmen sich mittel- und langfristig hieraus für den Hochwasserschutz im Lande Bremen ergeben.

(Drucksache 12/412 unter Berücksichtigung der Drucksache 12/469)

Nr. 12/459

Klimaveränderung
Antrag der Fraktion der CDU
vom 28. Februar 1989
(Drucksache 12/468)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 12/460

Landespolitische Maßnahmen wegen Klimaveränderungen und für Umweltschutz
Kleine Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 14. März 1989
(Drucksache 12/512)

D a z u

Antwort des Senats vom 18. April 1989

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aussprache über die Kleine Anfrage durch.

Nr. 12/461

Gentechnologie und Humangenetik
Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 17. Januar 1989
(Drucksache 12/414)

D a z u

Humangenetische Beratung
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 19. April 1989
(Drucksache 12/513)

Die Bürgerschaft (Landtag) führt eine Aussprache über die Antwort des Senats auf die Große Anfrage durch.

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Entschließungsantrag zur Beratung und Berichterstattung an die Deputationen für Gesundheit sowie für Wissenschaft und Kunst. Federführend ist die Deputation für Wissenschaft und Kunst.

Nr. 12/462

Behördenraumkonzept
Antrag der Fraktion der FDP
vom 27. Januar 1989
(Drucksache 12/425)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 12/463

Behördenraumkonzept
Große Anfrage der Fraktion der FDP
vom 14. Februar 1989
(Drucksache 12/453)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der mündlichen Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 12/464

Zehnter Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 31. März 1988
(Drucksache 12/163)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Zehnten Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz Kenntnis.

Nr. 12/465

Stellungnahme des Senats zum 10. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz
Mitteilung des Senats vom 20. September 1988
(Drucksache 12/293)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 12/466

Bericht und Antrag des Datenschutzausschusses vom 31. Januar 1989 zum 10. Jahresbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz (Drs. 12/163) vom 31. März 1988 und zur Stellungnahme des Senats (Drs. 12/293) vom 20. September 1988
(Drucksache 12/441)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Datenschutzausschusses Kenntnis.

Die Bürgerschaft (Landtag) erwartet vom Senat, daß er entsprechend diesem Bericht tätig wird.

Nr. 12/467

Bremisches Krankenhausdatenschutzgesetz (BremKHDSG)
Mitteilung des Senats vom 18. Oktober 1988
(Drucksache 12/328)

D a z u

Bericht und Änderungsantrag des Datenschutzausschusses vom 24. Februar 1989
(Drucksache 12/475)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz mit Änderungen in erster Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in der in erster Lesung angenommenen Fassung in zweiter Lesung.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Datenschutzausschusses Kenntnis.

Nr. 12/468

Neuordnung der universitären und hochschulbezogenen Weiterbildung in der Stadtgemeinde Bremerhaven
Antrag der Fraktion der FDP vom 28. Februar 1989
(Neufassung der Drs. 12/445 vom 08. 02. 89)
(Drucksache 12/467)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur weiteren Beratung an die Deputation für Wissenschaft und Kunst.

Nr. 12/469

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Rechnungsprüfung der Freien Hansestadt Bremen
Antrag der Fraktion der SPD
vom 5. Dezember 1988
(Drucksache 12/382)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 12/470

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 21
vom 15. März 1989
(Drucksache 12/483)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 12/471

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 22
vom 10. April 1989
(Drucksache 12/500)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuß empfohlen.

Nr. 12/472

Änderung des Deputationsgesetzes und der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft zur Entlastung und Effektivierung der Arbeit des Parlaments
Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
vom 13. April 1989
(Drucksache 12/505)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an den Verfassungs- und Geschäftsordnungsausschuß.

Nr. 12/473

Wahl eines stellvertretenden Mitglieds des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten

Paul T i e f e n b a c h

anstelle des ausgeschiedenen Abgeordneten Ralf Fücks zum Stellvertreter des Abgeordneten Manfred Schramm in den staatlichen Rechnungsprüfungsausschuß.

Nr. 12/474

Wahl eines Mitglieds und eines stellvertretenden Mitglieds des Petitionsausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Anni A h r e n s

anstelle des Abgeordneten Horst Frehe zum Mitglied und den Abgeordneten

Horst F r e h e

anstelle der Abgeordneten Dr. Carola Schumann zum stellvertretenden Mitglied des Petitionsausschusses.

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Stärkere Förderung des Wohnungsbaus
   Antrag der Fraktion der CDU vom 19. April 1989
   (Neufassung der Drs. 12/450 vom 14. 02. 89)
   (Drucksache 12/515)

2. Sofortmaßnahmen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus
   Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
   vom 2. März 1989
   (Drucksache 12/474)

3. Wohnungspolitik für Bremen
   Antrag der Fraktion der SPD
   vom 12. April 1989
   (Drucksache 12/503)

4. Alternativen zur derzeitigen Schulpolitik
   Antrag der Fraktion der CDU
   vom 14. Februar 1989
   (Drucksache 12/451)

5. Entwicklung des bremischen Schulwesens
   Antrag der Fraktion der SPD
   vom 27. Februar 1989
   (Drucksache 12/465)

6. Neuorientierung in der Schulpolitik in der Freien Hansestadt Bremen
   Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
   vom 4. April 1989
   (Drucksache 12/497)

7. Gesetz zur Einführung der 10jährigen allgemeinbildenden Schulpflicht
   Mitteilung des Senats vom 14. Februar 1989
   (Drucksache 12/455)

   D a z u

   Änderungsantrag der Fraktion DIE GRÜNEN
   vom 8. März 1989
   (Drucksache 12/478)

8. Gesetz zur Änderung des Denkmalschutzgesetzes
   Mitteilung des Senats vom 14. Februar 1989
   (Drucksache 12/456)

9. Veränderung der Verordnung über die Ferien für die Schulen der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven
   Antrag der Fraktion der FDP
   vom 7. März 1989
   (Drucksache 12/477)

10. Maßnahmen zur Reduzierung und zum Verbot von Leiharbeit auf den Werften
    Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
    vom 23. März 1989
    (Drucksache 12/486)

11. Hungerstreik und Haftbedingungen
    Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
    vom 4. April 1989
    (Drucksache 12/491)

12. Ankauf der Grundstücke in Bremen, Parkallee 37/39 und Dechanatstraße 13/15 von der Stadtgemeinde Bremen
    Mitteilung des Senats vom 4. April 1989
    (Drucksache 12/494)

13. Rentenreform
    Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
    vom 22. Februar 1989
    (Drucksache 12/462)

14. Sonderprogramm zur Einstellung Schwerbehinderter
    Große Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN
    vom 22. Februar 1989
    (Drucksache 12/463)

15. Mangelhafte Verkehrsinfrastruktur für das Niedervieland und angrenzende Bereiche
    Große Anfrage der Fraktion der CDU
    vom 4. April 1989
    (Drucksache 12/490)

16. Bericht über den Erwerb von GEWOBA-Anteilen durch bremische Kreditinstitute
    Mitteilung des Senats vom 21. März 1989
    (Drucksache 12/484)

Druck: Hans Krohn, Bremen